

## Fragen zum Teil „Eigenständigkeit von Frauen im Erwerbsleben“

### Antworten von Dr. Kirsten Tackmann (MdB, DIE LINKE)

#### 1. Gibt es ein Gesamtkonzept zur ökonomischen und sozialen Eigenständigkeit?

Die ver.di-Frauen fordern „Ökonomische und soziale Eigenständigkeit für Frauen, ein **Gesamtkonzept** für die Erwerbsphase und die Alterssicherung ist erforderlich“.

Dazu gehören verschiedene **Politikfelder**, politische **Vorgaben** und gesetzliche **Rahmenbedingungen** aus der Berufs- und Bildungs-Politik, der Familienpolitik, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik und der Steuerpolitik. Alle beeinflussen für Frauen den **Zugang** zum Arbeitsmarkt, den Grad ihrer **Beteiligung** daran und die **Ergebnisse** individueller Erwerbsbeteiligung und **steuern** so die ökonomische Eigenständigkeit und soziale Sicherung während der **Erwerbsphase und im Alter**.

Um ein Entwicklung in Richtung mehr Eigenständigkeit voranzubringen, genügt es nicht, einzelne **Stellschrauben** zu verändern, insbesondere solange andere Politiken dahingehend wirken, dass **Berufswahl, Zugang zu Arbeitsplätzen**, der **Verdienst** im Bereich traditioneller weiblicher Berufsbiografien verbleiben. **Gleichberechtigung und Gleichstellung** kann nur erreicht werden, wenn auf *allen* diesen Politikfeldern im Sinne von Frauen gehandelt und umgesteuert wird.

- Welches **Konzept** vertreten Sie? Welchen neuen **Rahmen** will Ihre Partei schaffen?

DIE LINKE vertritt in ihrem Bundestagswahlprogramm 35 konkrete Forderungen für eine aktive Gleichstellungspolitik in allen Politikfeldern. Dabei geht es nicht nur um gleiche Zugangsvoraussetzungen, sondern um die tatsächlich gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in Bildung und Kultur, Erwerbsarbeit und Kinder- bzw. Pflegearbeit, bei innen-, außen und finanzpolitischen Entscheidungen und bei den globalen Zukunftsthemen.

#### 2. Entgeltgleichheit – Basis der beruflichen und sozialen Gleichstellung

Wir brauchen eine politische Gesamtstrategie zur Förderung der geschlechtsspezifischen **Entgeltgleichheit**, die an individuellen, institutionellen und betrieblichen **Ursachen** ansetzt.

- Der **Gesetzgeber** kann im Sinne von mehr Entgeltgleichheit **Rahmenbedingungen** neu setzen. Was will Ihre Partei, was wollen Sie dazu beitragen?

DIE LINKE fordert, eine gesetzliche Verpflichtung der Tarifpartner zu diskriminierungsfreien Tarifverträgen, einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von mehr als acht Euro, die Überführung prekärer Beschäftigung in sozialversicherungspflichtige Arbeit, ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und ein Verbandsklagerecht zur besseren Durchsetzung der Ansprüche beschäftigter Frauen.

Sehr wichtig für die private Wirtschaft sind **verbindliche Vorgaben** für die Durchsetzung von Entgeltgleichheit in den Betrieben.

- Wird es ein **Gleichstellungsgesetz** für die Privatwirtschaft geben? Wie sieht dies dann aus?

DIE LINKE schlägt vor, dass alle Unternehmen ab 5 Beschäftigte gesetzlich verpflichtet werden, Frauen zu fördern bis ebenso viele Frauen wie Männer beschäftigt sind und der Durchschnittsverdienst von Frauen und Männern gleich ist bzw. Frauen und Männer in allen Entgeltgruppen sowie auf allen Stufen der betrieblichen Hierarchie zur Hälfte vertreten sind. Die Vergabe öffentlicher Aufträge ist an die Einhaltung des Gesetzes gebunden. Zur besseren Durchsetzbarkeit wird ein Verbandsklagerecht eingeführt.

Die **öffentliche Hand** wirkt **als Arbeitgeber** intensiv an der Entgeltgleichheitsfrage mit.

- Wie geht es aus Ihrer Sicht mit der diskriminierungsfreien Bezahlung im öffentlichen Dienst weiter?

Vom öffentlichen Arbeitgeber erwartet DIE LINKE eine Vorbildwirkung beim proaktiven Abbau diskriminierender Entgeltsysteme und die Einführung geschlechtergerechter Beurteilungssysteme als Voraussetzung für höhere Einstufungen/Beförderungen. Nach wie vor sind diese Beurteilungskriterien auch im Öffentlichen Dienst nicht diskriminierungsfrei und benachteiligen Frauen beim Aufstieg in besser bezahlte Vergütungs- und Besoldungsstufen.

### 3. Vereinbarkeit, Elterngeld, Elternzeit, Kinderbetreuung

Das **Elterngeld** ist aus Sicht der ver.di-Frauen ein Schritt in die richtige Richtung (alte Forderung der Gewerkschafterinnen). Ebenso der Ausbau von **Kinderbetreuung** und **Bildung**, nicht nur als Voraussetzung für die gleichberechtigte **Erwerbsbeteiligung** der Frauen sondern gleichermaßen als **Zukunftsinvestition** für unsere Gesellschaft.

- Wie sollen aus Ihrer Sicht **Maßnahmen für Eltern und Kinder** in Zukunft zusammenspielen, damit eine Steigerung der Erwerbstätigkeit der Frauen nicht nur auf Fachkräftelücken in der Wirtschaft ausgerichtet wird? Welche Ziele haben Sie **konkret für Frauen**?

DIE LINKE fordert: eine erleichterte Rückkehr in den Beruf für Eltern durch einen Rechtsanspruch auf Rückkehr auf den gleichen oder einen gleichwertigen Arbeitsplatz, einen Rechtsanspruch für Eltern von Kindern unter zwölf Jahren auf Befreiung von Schichtarbeit, einen verbesserten Kündigungsschutz durch Ausweitung des besonderen Kündigungsschutzes bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres des Kindes und ein Bundesprogramm zur Förderung von BerufsrückkehrerInnen.

### **Ehegattenbesteuerung – Motor oder Bremse der Erwerbsbeteiligung?**

Die steuernde Wirkung des **Ehegattensplittings** und der **Steuerklassen** in Bezug auf die **Erwerbsbeteiligung** der Frauen wird inzwischen kaum mehr bestritten. Die ver.di-Frauen fordern den Ersatz des aktuellen Splittingverfahrens durch eine Besteuerungsform, die die Erwerbstätigkeit der Frauen aufwertet – und nicht das Ernährermodell. Dem würde eine **Individualbesteuerung** am ehesten entsprechen.

- Wird Ihre Partei, werden Sie sich für eine **Reform der Ehegattenbesteuerung** einsetzen? Wie wird diese aussehen?

DIE LINKE fordert, das Ehegattensplitting abzuschaffen und eine individuelle Besteuerung einzuführen, sowie tatsächliche Betreuungs- und Pflegeleistungen und das Zusammenleben mit Kindern steuerlich zu fördern. Steuerliche Mehreinnahmen, die aus der Streichung des Ehegattensplittings resultieren, sind für die Erhöhung des Kindergeldes zu verwenden.

### **4. Arbeitsmarktpolitik – Gleichberechtigung statt Bedarfsgemeinschaft!**

**Eigenständige Absicherung** setzt voraus, dass Frauen auf diesem Weg durch **Arbeitsmarktpolitik** unterstützt werden. Die Hartz-VI-Regelungen setzen jedoch auf **Subsidiarität**.

Diese Verknüpfung von **Bedürftigkeit** und Zugang zur **Arbeitsförderung** ist ein Problem. Sie verstärkt für Frauen ihre **Abhängigkeit in der Familie**. Das Ernährermodell wird mit der **Subsidiarität des SGB II** fortgeführt – auch in Verknüpfung mit anderen Arbeitsmarktfaktoren wie dem niedrigeren Frauenverdienst.

- Welche Vorstellungen hat Ihre Partei zur künftigen **Arbeitsmarktpolitik für Frauen**?

DIE LINKE setzt auf eine zukunftsfähige Arbeitsmarktpolitik, die nicht vom Ernährermodell des SGB II ausgeht, sondern Voraussetzungen dafür schafft, dass Frauen ihren Wunsch und ihr Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung verwirklichen können. Dazu gehört, dass erwerbslose Frauen mindestens entsprechend ihrem Anteil an den Arbeitslosen mit arbeitsmarktpolitischen Mitteln gefördert werden.

- Wie soll/kann aus Ihrer Sicht die **Eigenständigkeit im Erwerbsleben** durch geeignete Arbeitsmarktpolitik umgesetzt werden? (z.B. Stichwort Zumutbarkeit)

Für DIE LINKE ist gut bezahlte und sichere Arbeit der Maßstab ihres arbeitsmarktpolitischen Handelns. Für uns ist Arbeit nur zumutbar, wenn sie auch existenzsichernd ist. Zudem muss das Angebot von Arbeit mit der beruflichen Qualifikation übereinstimmen und darf diese nicht entwerten. Es darf auch keine zu hohen Ansprüche an Flexibilität und Fahrtzeiten beinhalten oder gegen die politische und religiöse Gewissensfreiheit verstoßen.

Können wir damit rechnen, dass die **Bedarfsgemeinschaft** durch eine **individuelle Anspruchsregelung** ersetzt wird?

DIE LINKE fordert die sofortige Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft und die Einführung des Individualprinzips auf der Basis der gesetzlichen Unterhaltsverpflichtungen. Hartz IV soll durch eine bedarfsdeckende und sanktionsfreie soziale Mindestsicherung ersetzt werden, die Armut tatsächlich verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen wiederherstellt.

## 5. **Abhängigkeit in der Familie vermeiden – Eigenständigkeit fördern**

Die gesetzliche Rente spiegelt bisher das bundesdeutsche Ernährermodell wider. Sie wurde dadurch an einigen Stellen auch zum „Reparaturbetrieb“ für unzureichende Förderung und Ausgleich während der Erwerbsphase. Wenn wir eine fortwährende **Abhängigkeit in der Familie** nicht wollen, stellen sich hier einige zusätzliche Fragen:

- Was wollen Sie insbesondere für die überproportional vielen Frauen tun, die in **Niedriglohnssektoren** festhängen oder die **unterbezahlt** arbeiten und in **Minijobs** keine **eigenständige soziale Sicherung** haben – und sich bisher eine eigenständige Alterssicherung nicht erarbeiten können? (Hier Verbindung zum 2. Teil, Frage 2. Dieser Punkt gilt auch für **Leiharbeit**.)

Zum Einen will DIE LINKE den Niedriglohnsektor und andere prekäre Beschäftigungsformen durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und andere Maßnahmen bekämpfen und eine gerechte Entlohnung von Frauenarbeit erreichen. Bis dahin sollen Zeiten mit niedrigen Löhnen gegenüber der heutigen Rentenberechnung aufgewertet werden. Zusätzlich fordern wir eine Mindestrente von 800 Euro für jede und jeden.

Wie sehen Sie die Weiterentwicklung des gesetzlichen **Mindestlohnes**?

DIE LINKE fordert einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn nach französischem Vorbild, der bis 2013 auf 10 Euro pro Arbeitsstunde angehoben werden soll und der zumindest in dem Maße wächst, wie die Lebenshaltungskosten steigen. Wenn in einer Branche der unterste Tariflohn über dem gesetzlichen Mindestlohn liegt, soll dieser für allgemeinverbindlich erklärt werden, auch ohne Zustimmung der Arbeitgeberverbände.

Wie können **prekäre Arbeitsverhältnisse** verbessert, aufgewertet und (am besten) abgeschafft, d.h. in sozialversicherte und existenzsichernde Arbeit umgewandelt werden?

DIE LINKE will Niedriglöhne durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn bekämpfen. Die Leiharbeit soll strikt begrenzt und durch gleiche Arbeitsbedingungen und gleichen Lohn plus einer Flexibilitätsvergütung zurückgedrängt werden. Die maximale Ausleihdauer soll auf sechs Monate begrenzt, befristete Beschäftigung bei Leiharbeitsfirmen und der Einsatz als Streikbrecherin und Streikbrecher verboten werden. Durch Anreize (Vergaberecht) und konsequente Sanktionen soll die Scheinselbständigkeit zurückgedrängt werden.

- Welche Zukunft hat aus ihrer Sicht der **Minijob**?

Aus Sicht der Linken hat der Minijob gar keine Zukunft, denn er bedeutet Arbeit zu Hungerlöhnen. Wir fordern die Sozialversicherungspflicht für jede geleistete Arbeitsstunde. Die bestehenden Minijobs sind in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzuwandeln.

Solange **Gleichstellung** im Erwerbsleben nicht umgesetzt ist, muss die gesetzliche Rentenversicherung sich nach wie vor einem **Ausgleich** der (von Frauen erbrachten) **gesellschaftlich notwendigen Leistungen** anpassen, wenn Frauen dadurch im Alter nicht in Armut oder trotz Arbeit in die Grundsicherung entlassen werden sollen.

Beispielsweise kann die Hinterbliebenenabsicherung (**Witwenrente**) erst dann tatsächlich entfallen, wenn Frauen durch ein gleichgestelltes Erwerbsleben ausreichende Anwartschaften für die Alterssicherung erwerben können.

- Welchen Stellenwert hat die **Vorsorge zur Eigenständigkeit** im Erwerbsleben in ihrer Partei? Wird ihr ein Vorrang eingeräumt?

Für DIE LINKE hat die gesetzliche Rente Vorrang vor der betrieblichen und privaten Vorsorge. Sie soll zu einer solidarischen Erwerbstätigenversicherung umgebaut werden: Selbstständige, Beamtinnen und Beamte, Politikerinnen und Politiker sollen einbezogen, die Beitragsbemessungsgrenze aufgehoben, die damit verbundene Rentenerhöhung abgeflacht und der Spielraum für eine solidarische Umverteilung vergrößert werden. Zeiten von Erwerbslosigkeit, Kinderbetreuung – auch vor 1992 –, Pflege und niedrigen Löhnen sollen aufgewertet und damit eine eigenständige Alterssicherung für Frauen gesichert werden.

## Fragen zum Teil „Soziale Sicherung im Alter“

### 1. Grundsätzliche Systemfragen in der Rentenversicherung

Die Parteien mit Ausnahme der FDP setzen sich für einen Ausbau der solidarischen Alterssicherungssysteme ein.

Detaillierte Angaben insbesondere zum Sicherungsniveau in der GRV fehlen jedoch. Dabei ist die GRV diejenige Säule der Alterssicherung, die für Frauen besonders vorteilhaft ist, da sie soziale Ausgleichselemente enthält und Unisex-Tarife obligatorisch sind.

- In welchem Verhältnis sehen Sie bzw. Ihre Partei das Verhältnis **innerhalb der 3 Säulen**?

Die LINKE will die gesetzliche Rente mit dem vorrangigen Ziel der Lebensstandardssicherung ausbauen und sie in eine Erwerbstätigenversicherung umwandeln, in die alle einzahlen. Das Leistungsniveau soll auf den Stand vor den Rentenreformen angehoben werden. Die Dämpfungsfaktoren müssen dazu entfernt werden. Die 2. und 3. Säule soll nicht mehr die Funktion

haben, Defizite aus der GRV zu kompensieren, sondern zusätzlich sein. Die Rente ab 67 lehnen wir ab.

- Wie stehen Sie zu Freibeträgen bei der Inanspruchnahme von **Grundsicherungsleistungen im Alter**? Muss sich zusätzliches Sparen während der Erwerbsphase lohnen? Welche Vorsorgevarianten sehen Sie ggf. als schützenswert an?

Die LINKE sieht es als vordringliche Aufgabe an, die Gesetzliche Rente zu stärken. Sie hat keine Freibetragsregelungen für die Grundsicherung beschlossen. Damit sich zusätzliches Sparen lohnt, muss die Rente oberhalb der Grundsicherung liegen. Dazu müssen sowohl arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erfolgen (mehr sozialversicherungspflichtige Arbeit, Mindestlohn, Re-Regulierung des Arbeitsmarktes), als auch Änderungen in der Rentenpolitik.

## 2. **Bekämpfung/Vermeidung von Altersarmut**

Die gesetzliche Rentenversicherung kann kein Reparaturbetrieb für eine verfehlte Arbeitsmarktpolitik sein.

- Wo sehen Sie die Grenze zwischen Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik?

Eine Politik für gute Arbeit und gute Löhne ist grundsätzlich Voraussetzung zur Erlangung einer Rente, die Altersarmut vermeidet. Insbesondere sind Bemühungen von Nöten, die die Erwerbsintegration von Frauen erhöht und ihr Abdrängen in den Niedriglohnbereich beendet. Darüber hinaus muss das Leistungsniveau der GRV angehoben werden und gezielt Maßnahmen in der Rentenpolitik zur Aufwertung geringer Einkommen erfolgen.

Wichtig für eine auskömmliche Alterssicherung ist ein angemessenes Entgelt in einer sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung.

- Wie stellen Sie sich konkret Maßnahmen in der gesetzlichen Rentenversicherung vor, um **Altersarmut bei Frauen** zu vermeiden?

Die Rahmenbedingungen für Frauen, eigene Ansprüche in der GRV zu erhalten, sind deutlich zu verbessern. Zur Schließung von Lücken in den Rentenbiografien sind drei Jahre Kindererziehungszeit auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder bei der Rentenberechnung anzuerkennen. Für Personen, die Angehörige ehrenamtlich pflegen, sind die Rentenanwartschaften zu verbessern.

- Was sagen Sie zu rechtlicher Rente nach Mindesteinkommen und der besseren Bewertung von ALGII- Zeiten?

Die LINKE ist für die Rente nach Mindesteinkommen und für eine deutliche Aufstockung der Rentenbeiträge von ALG II- Beziehenden.

## 3. Welche Maßnahmen wollen Sie durchsetzen zur rentenrechtlichen Anerkennung von **Ausbildungs- und Studienzeiten**?

Die LINKE tritt dafür ein, für Schul- und Hochschulbildung wieder Anrechnungszeiten einzuführen sowie schulische und berufliche Ausbildungszeiten wieder höher zu bewerten.

#### **4. Erwerbsminderungsrenten**

Erwerbsminderungsrenten nehmen für Menschen, die aus physischen oder psychischen Gründen nicht mehr erwerbstätig sein können, einen existenziellen Platz ein.

- Welche Maßnahmen würden Sie umsetzen?

Die Reform der Erwerbsminderungsrente unter Rot-Grün im Jahr 2000 hat die Rahmenbedingungen für viele Versicherte deutlich verschlechtert. Die LINKE tritt für einen erleichterten Zugang zu abschlagsfreien Erwerbsminderungsrenten ein.

#### **5. Rentenrechtliche Absicherung von Familien- und Pflegearbeit**

Hier bleiben die Parteiprogramme recht unbestimmt.

Was sagen Sie zu der:

- Rentenrechtlichen Absicherung von Familien- und Pflegearbeit unabhängig vom Bestehen einer Ehe?

DIE LINKE ist der Auffassung, dass Familien- und Pflegearbeit rentenrechtlich unabhängig vom Bestehen oder Nichtbestehen einer Ehe verbessert werden muss. Damit will DIE LINKE auch einen Beitrag zur Anerkennung der gesellschaftlich erheblichen Leistungen der Pflegenden erreichen.

- Kindererziehungszeiten für Kinder, die vor 1992 geboren sind?

DIE LINKE fordert höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und Pflege und eine Ausweitung der Anrechnung von Erziehungszeiten: Auch für vor dem 1. Januar 1992 geborene Kinder werden der Mutter (oder dem Vater) für die ersten drei Lebensjahre eines Kindes pro Jahr Erziehungszeiten in Höhe des Durchschnittseinkommens aller Versicherten gutgeschrieben. Sind beide Eltern erwerbstätig und betreuen Kinder, werden die Ansprüche auf beide verteilt.

- Aufwertung von Pflichtbeitragszeiten in der Kinderberücksichtigungszeit bis zur Beitragsbemessungsgrenze in der GRV?

DIE LINKE tritt für eine schrittweise Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze in der gesetzlichen Rentenversicherung ein bei gleichzeitiger Kappung der Leistungsgewährung ab einer bestimmten Höhe. Dieses Konzept muss bei der Aufwertung von Pflichtbeitragszeiten in der Kinderberücksichtigungszeit eine Entsprechung finden.

- (Verbesserung) der rentenrechtlichen Absicherung von privaten Pflegeleistungen, insbesondere in der Pflegestufe I?

DIE LINKE will die rentenrechtliche Absicherung häuslicher Pflegeleistungen verbessern.

- Unterschiedliche rentenrechtliche Behandlung von Pflege in den alten und neuen Bundesländern?

DIE LINKE ist gegen rentenrechtliche Benachteiligung bei der Pflege zwischen den alten und neuen Bundesländern. Warum sollte Pflege in Westdeutschland mehr „Wert“ als im Ostdeutschland sein?

- 6.** Der **Übergang vom Erwerbsleben in die Rente** wird eines der sozialpolitisch wichtigen Themen der nächsten Jahre sein. Hier zeigen sich die fatalen Folgen der Einführung der Rente mit 67. Dabei fordert ver.di die Flexibilisierungsinstrumente sinnvoll und sozial abgewogen auszubauen.

- Wie sehen Sie eine Fortführung der durch die BA geförderten Altersteilzeit?

DIE LINKE unterstützt alle Maßnahmen zur Flexibilisierung des Übergangs aus der Beschäftigung in den Ruhestand, solange diese im Interesse der Beschäftigten erfolgen. In diesem Kontext setzt sie sich dafür ein, die Förderung der (echten) Altersteilzeit durch die Bundesagentur für Arbeit fortzusetzen und den Zugang zur Erwerbsminderungsrente ohne Abschläge zu erleichtern. Andere diskutierte Formen wie Teilrente oder Wertguthaben sieht DIE LINKE wegen der drohenden Abschläge kritisch.

Die in der Diskussion befindlichen Instrumentalisierungsinstrumente Altersteilzeit, Teilrenten und Lebensarbeitszeitkonten können dazu führen, dass Menschen aus dem Job gedrängt werden, dass hohe rentenrechtliche Abschläge zu geringen Renten führen und dass die Flexibilisierung nicht ausschließlich dem Arbeitgeber zugute kommt. Insbesondere Menschen mit geringen Entgelten und in Teilzeit könne von den Instrumenten weniger profitieren, da ihre Gestaltungsmöglichkeiten begrenzt sind.

- Wie sehen Sie die Möglichkeiten des Übergangs vom Erwerbsleben in die Rente speziell für Frauen?

Frauen, die mehrheitlich deutlich geringere Löhne und damit auch Renten haben, profitieren von den bisherigen Maßnahmen zur Flexibilisierung des Rentenübergangs kaum. DIE LINKE fordert deshalb die Beseitigung der Lohndiskriminierung, Mindestlöhne, eine Höherwertung niedriger Einkommen bei der Rentenberechnung und höhere Rentenansprüche für Kindererziehung und Pflege. Die Grundsicherung im Alter soll auf mindestens 800 Euro angehoben werden.

## **7. Rentenanpassung**

Wie stehen Sie zu den Kürzungsfaktoren in der Rentenformel? Sehen Sie ein Bedürfnis für eine Mindestanpassung?

DIE LINKE fordert die Streichung sämtlicher Kürzungs- und Dämpfungsfaktoren aus der Rentenformel und die gesetzliche Festschreibung eines Rentenniveaus, das den Lebensstandard

sichert. Sie befürwortet eine Mindestanpassung der Rentenentwicklung, die sich an der Lohnentwicklung orientieren soll.

## **8. Ost-Renten-Angleichung**

Zu diesem Thema äußern alle Parteien ihren Willen ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einzuführen, nur keiner sagt, wie es gehen soll.

ver.di hat dazu ein konkretes Modell vorgeschlagen und eine breite Unterstützung gefunden.

- Was sagen Sie zu dem ver.di-Modell?

DIE LINKE unterstützt das ver.di-Modell und hat bereits 2007 dem Bundestag ein Stufenmodell zur die steuerfinanzierten Angleichung des aktuellen Rentenwerts Ost an den aktuellen Rentenwert West bis 2012 vorgelegt. Damit die Angleichung nicht zu Lasten anderer Gruppen geht, soll die Hochwertung der Löhne in Ostdeutschland erhalten bleiben. Diesen Vorschlag haben die anderen Fraktionen im Bundestag abgelehnt.